

stellvertreter Dr. Vogt in Bern ergab, die Schweiz stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, dass ziemliche Druckmittel anzuwenden seien. Eine Auslieferung komme aber niemals in Frage. Die sowjetrussische Delegation in der Schweiz habe sich mit diesem Standpunkt einverstanden erklärt. In der Landtagssitzung vom 3. September gab Dr. Vogt als Vertreter der Regierung bekannt, in unserem Lande werde nach wie vor der Grundsatz aufrecht erhalten, dass die sowjetische Delegation nur die Freiwilligen übernehmen könne. Niemals werden die Russen ausgeliefert. Das letztere sollte jedoch (wohl auf Wunsch der Sowjetdelegation) den Internierten nicht bekannt gegeben werden. Es wurde dann beschlossen, dem Wunsche der Delegation nachzukommen und die Russen in drei Lager zu verteilen, und zwar: nach Ruggell die Emigranten, also die Nichtsowjetbürger, an denen die Delegation kein Interesse hatte, — in das zweite Lager in der Turnhalle in Vaduz sollten alle Sowjetbürger verbracht werden, und endlich in ein drittes Lager, in das Gefängnis in Vaduz, die von der Sowjetdelegation als «renitent» bezeichneten Personen, die «ständig auf die übrigen Russen gegenteilig einwirken.» Zu ihnen rechnete man 14 Personen. Es erfolgte eine öffentliche Bekanntmachung des Regierungsbeschlusses vom 3. September in beiden Zeitungen des Landes, nach dem sich alle sowjetrussischen Internierten in der Turnhalle in Vaduz zu versammeln hätten. Die Arbeitsverträge des Landes mit den Arbeitgebern waren mit sofortiger Wirkung gekündigt. Die Bekanntmachung schloss: «Internierte, die sich weigern, ins Lager zu gehen, sind wegen Verletzung des Gastrechtes strafbar. Die Regierung behält sich vor, das Asylrecht zu verweigern.» Trotz dieser Anordnung befolgten zwei Internierte aus Furcht vor Auslieferung die Aufforderung nicht und suchten sich längere Zeit im Lande zu verbergen. Zwei weitere flüchteten in die französische Zone und liessen sich von der Fremdenlegion anwerben.

Gleichfalls am 3. September erfolgte die Neuwahl der Regierung. Sie setzte sich jetzt zusammen aus Regierungschef Alexander Frick, seinem Stellvertreter Ferdinand Nigg und zwei gleichfalls neugewählten Regierungsräten.

Trotz der gesperrten Grenzen dürften Gerüchte über ausgelieferte Schicksalsgefährten zu den Internierten durchgesickert sein. Es ist ein bekanntes Phänomen, wie Nachrichten in isolierte Lager ihren Weg